

Stand: 12.05.2026 02:56:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8812

"Weniger Bürokratie - mehr Praxistauglichkeit bei der Umsetzung der EU-Geoschutzverordnung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8812 vom 11.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9687 des LA vom 26.11.2025
3. Beschluss des Plenums 19/9875 vom 05.02.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 05.02.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Weniger Bürokratie – mehr Praxistauglichkeit bei der Umsetzung der EU-Geoschutzverordnung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene im Rahmen der aktuellen Verhandlungen zur Durchführung der EU-Verordnung (EU) 2024/1143 über den Schutz geografischer Angaben für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel, Wein, aromatisierte Weinerzeugnisse und Spirituosen dafür einzusetzen, dass das nationale Durchführungsgesetz praxisgerecht, verhältnismäßig und mittelstandsfreundlich ausgestaltet wird.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, darauf hinwirken, dass

- kleine und mittelständische Betriebe nicht durch überzogene Dokumentations- und Nachweispflichten überfordert werden,
- ausreichend Spielraum für innovative Weiterentwicklungen traditioneller Produkte bleibt (z. B. neue Rezepturen mit veränderten Alkoholgehalten oder Zutaten),
- regionale Identität und handwerkliche Vielfalt weiterhin gewahrt und gefördert werden,
- die kommunale und handwerkliche Produktion in Bayern gegenüber anderen Bundesländern und industriellen Herstellern in anderen Mitgliedstaaten nicht benachteiligt wird.

Begründung:

Der Schutz regionaler Spezialitäten ist grundsätzlich richtig und wichtig. Die neue EU-Geoschutzverordnung soll regionale Erzeugnisse stärken und Verbraucherinnen und Verbraucher über Herkunft und Qualität informieren. Aktuell laufen die Beratungen im Deutschen Bundestag zum Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Reform und Erweiterung des Schutzes geografischer Angaben (Geoschutzreformgesetz).

In der praktischen Umsetzung zeigen sich jedoch erhebliche Probleme: Gerade für kleinere und mittelständische Betriebe führen die neuen Regelungen zu einem kaum noch zu bewältigenden Aufwand an Bürokratie, Dokumentation und Kontrolle.

Was gut gemeint ist, droht damit ins Gegenteil zu kippen: Traditionelle bayerische Erzeugnisse – von Bärwurz bis Bergkäse – geraten unter Druck. Es droht die Gefahr, dass sie ihren Heimatbezug im Namen verlieren, während große Produzenten im Ausland leichter anpassbare Bedingungen vorfinden.

So entsteht die paradoxe Situation, dass der Schutz bayerischer Spezialitäten am Ende dazu führen könnte, dass diese nicht mehr in Bayern produziert werden.

Die Staatsregierung ist daher gefordert, sich entschieden für Heimat und Identität einzusetzen. Auf Bundesebene besteht im Rahmen des nationalen Durchführungsgesetzes noch die Möglichkeit für verhältnismäßige, praxisgerechte und innovationsfreundliche Regelungen zu sorgen, die sowohl den Erhalt regionaler Qualität als auch die Zukunftsfähigkeit der Betriebe sichern. Nur so können Arbeitsplätze, handwerkliche Tradition und die Vielfalt unserer bayerischen Genussskultur langfristig erhalten bleiben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/8812

Weniger Bürokratie - mehr Praxistauglichkeit bei der Umsetzung der EU-Geoschutzverordnung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin im Rahmen der aktuellen Verhandlungen zur Durchführung der EU-Verordnung (EU) 2024/1143 über den Schutz geografischer Angaben für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (inkl. Molkereiprodukte), Wein, aromatisierte Weinerzeugnisse und Spirituosen dafür einzusetzen, dass das nationale Agrargeoschutz-Durchführungsgesetz sowie die darauf aufbauende Agrargeoschutz-Durchführungsverordnung praxistgerecht, verhältnismäßig und mittelstandsfreundlich ausgestaltet wird.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin darauf hinwirken, dass

- kleine und mittelständische Betriebe nicht durch überzogene Dokumentations- und Nachweispflichten überfordert werden,
- ausreichend Spielraum für innovative Weiterentwicklungen traditioneller Produkte bleibt (z. B. neue Rezepturen mit veränderten Alkoholgehalten oder Zutaten),
- regionale Identität und handwerkliche Vielfalt weiterhin gewahrt und gefördert werden,
- die kommunale und handwerkliche Produktion in Bayern gegenüber anderen Bundesländern und industriellen Herstellern in anderen Mitgliedstaaten nicht benachteiligt wird,

und darüber schriftlich zu berichten.

Berichterstatterin: **Mia Goller**
Mitberichterstatterin: **Petra Högl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 26. November 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
- in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/8812, 19/9687

Weniger Bürokratie – mehr Praxistauglichkeit bei der Umsetzung der EU-Geoschutzverordnung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin im Rahmen der aktuellen Verhandlungen zur Durchführung der EU-Verordnung (EU) 2024/1143 über den Schutz geografischer Angaben für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (inkl. Molkereiprodukte), Wein, aromatisierte Weinerzeugnisse und Spirituosen dafür einzusetzen, dass das nationale Agrargeoschutz-Durchführungsgesetz sowie die darauf aufbauende Agrargeoschutz-Durchführungsverordnung praxisgerecht, verhältnismäßig und mittelstandsfreundlich ausgestaltet wird.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, weiterhin darauf hinwirken, dass

- kleine und mittelständische Betriebe nicht durch überzogene Dokumentations- und Nachweispflichten überfordert werden,
- ausreichend Spielraum für innovative Weiterentwicklungen traditioneller Produkte bleibt (z. B. neue Rezepturen mit veränderten Alkoholgehalten oder Zutaten),
- regionale Identität und handwerkliche Vielfalt weiterhin gewahrt und gefördert werden,
- die kommunale und handwerkliche Produktion in Bayern gegenüber anderen Bundesländern und industriellen Herstellern in anderen Mitgliedstaaten nicht benachteiligt wird

und darüber schriftlich zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Haus zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
 EU-Justizbarometer 2025
 COM(2025) 375 final
 BR-Drs. 578/25
 Drs. 19/8684, 19/9840

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im nichtlegislativen Verfahren die auf Drs. 19/9840 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
 Eignungsprüfung der Digitalvorschriften –
 Überprüfung der kumulativen Auswirkungen der EU-Digitalvorschriften
 19.11.2025 - 11.03.2026
 Drs. 19/9194, 19/9839

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
 Drs. 19/9839 veröffentlicht Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung vorantreiben!
Demokratie am Arbeitsplatz stärken!
Drs. 19/8501, 19/9685 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nein zum Kampf gegen das Erdgas – Versorgung der bayerischen
Industrie, Wirtschaft und Haushalte mit günstigem Erdgas sicherstellen!
Drs. 19/8673, 19/9713 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Biotechnologie-Regulierung modernisieren – Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern
Drs. 19/8720, 19/9710 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Christin Gmelch, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Verschärfter EU-Klimaschutz darf nicht zulasten der Bauern gehen: Schutz der bayerischen Landwirtschaft vor steigenden Düngemittelpreisen und übermäßigen Düngeauflagen!
Drs. 19/8795, 19/9686 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Petra Guttenberger, Petra Högl u.a. CSU
Verbandsklagerecht reformieren, Betroffenheiten regionalisieren!
Drs. 19/8800, 19/9810 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weniger Bürokratie – mehr Praxistauglichkeit bei der Umsetzung der EU-Geoschutzverordnung
Drs. 19/8812, 19/9687 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Austauschnetz zum Monitoring und Management der Asiatischen Hornisse (*Vespa velutina*)
Drs. 19/8883, 19/9688 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD
Anhörung zu den Auswirkungen der Entwaldungsverordnung auf die bayerische Forstwirtschaft
Drs. 19/8974, 19/9689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) – Schutz der bayerischen Forstwirtschaft vor Brüsseler Bürokratie und ideologischer Zerstörung der heimischen Wirtschaft
Drs. 19/8977, 19/9690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der Fußball ist sicher – Schluss mit Populismus,
Ja zu Fankultur und Fanprojekten
Drs. 19/9052, 19/9797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>